

JOSEF GELMI

Kirchliches Zeitgeschehen

1. Streiflichter

Am 14. Oktober 1988 waren es zehn Jahre, daß der Krakauer Bischof Karol Wojtyła zum Papst gewählt wurde. Aus diesem Anlaß hat einer seiner engsten Mitarbeiter, Kardinal Joseph Ratzinger, in einem Buch die Persönlichkeit des Papstes und dessen zehnjähriges Wirken besonders gewürdigt. Dabei betonte der Würdenträger, daß im Denken Wojtyłas immer der Mensch im Mittelpunkt stand und steht. Diesem Umstand sei es auch zu danken, daß es der Kirche heute wieder in besonderem Maße gelinge, sich als moralische Kraft darzustellen, die auch auf der höchsten Ebene der internationalen Politik gehört werde.

Aufregung verursachte ein Dokument, das der Papst Ende September 1988 veröffentlichte. Das Apostolische Schreiben „*Mulieris dignitatem*“ über die Würde und Berufung der Frau wurde nämlich von einer Agentur zum Ärger des Vatikans in Auszügen schon vor der Veröffentlichung bekannt. Die Kernaussagen der neuen Verlautbarung sind die Gleichberechtigung von Mann und Frau ohne Gleichmacherei, Respekt vor dem Einsatz der Frauen, besonders der Mütter, und eine weiterhin kategorische Ablehnung des Frauenpriestertums mit dem Argument, daß Christus nur Männer zu Aposteln berufen hat. Bei der Vorstellung des Dokumentes sagte Kardinal Ratzinger: „Es wäre eine Verleumdung, zu unterstellen, der Papst wolle die Frau ins Aschenputteldasein abdrängen“.

Mit der Konstitution „*Pastor bonus*“ vom 29. Juni 1988 hat der Papst die Reform der Kurie, die Paul VI. 1967 in die Wege geleitet hatte, vorläufig abgeschlossen.

Danach besteht der päpstliche Verwaltungsapparat nun aus 28 Dikasterien. Nach manchen Beobachtern war diese Erneuerung aber nicht mehr als eine kosmetische Operation. Hans Jakob Stehle, einer der besten Kenner der Vatikans, schreibt: „Eine sogenannte Kurienreform vom Juni hat an der Organisationsstruktur außer Namen kaum etwas geändert, Koordination und Kompetenzenverteilung nicht spürbar verbessert. Nicht einmal die Vatikanbank IOR . . . wurde verändert oder durchsichtiger gemacht.“ Damit wären wir bei den Finanzen des Vatikans. Dank der Spendenfreudigkeit der Katholiken, vor allem in den USA und der Bundesrepublik Deutschland, hat das Defizit des Heiligen Stuhles 1987 beträchtlich abgenommen. Immerhin betrug es noch 74 Milliarden Lire.

Eine wertvolle Initiative des Vatikans im verflossenen Jahr war ohne Zweifel die Errichtung eines Obdachlosenheimes neben der Audienzhalle. Das Haus, das den Namen „*Dono di Maria*“ trägt, wird von den Schwestern von Mutter Teresa geleitet und bietet 70 mittellosen Personen eine Schlafstätte.

Nach der ersten Kirchenspaltung dieses Jahrhunderts, die vom Alterzbischof *Marcel Lefebvre* am 30. Juni 1988 ausgelöst worden war, zeigten sich bei seinen Anhängern gleich Spaltungstendenzen. Eine Gruppe von romtreuen Priestern und Seminaristen hat unter dem Schweizer Abt Joseph Bisig eine eigene Priesterbruderschaft „*St. Petrus*“ gegründet, die am 18. Oktober 1988 vom Papst anerkannt worden ist. Diese Gemeinschaft hat dann anfangs November in Wigratzbad bei Wangen im Allgäu ihr erstes Priesterseminar errichtet, wo nun Theologiestudenten

eine traditionelle Theologie studieren können. Namhafte Professoren wie der Augsburger Kirchenhistoriker Walter Brandmüller sollen dort unterrichten. Der Augsburger Bischof Josef Stimpfle, in dessen Territorium Wigratzbad liegt, hat das Unternehmen gebilligt.

In *Italien* nimmt der politische Einfluß der Kirche zu, so daß sich ein Nachrichtenmagazin bereits die Frage gestellt hat: „Sind wir eigentlich in Italien oder in Polen?“ In der Tat schrieben die Zeitungen in diesem Jahr immer wieder vom Einfluß der Jesuiten auf die christlichdemokratische Stadtverwaltung von Palermo. In dem Streit um die Chemiefabrik Acna bei Turin traten ständig auch kirchliche Gruppierungen auf. Auf dem Jahrestreffen von „*Comunione e liberazione*“ im September in Rimini feierten tausende von jungen Katholiken den Sozialisten Craxi, weil er den Marxismus über Bord geworfen hat. Schlagzeilen machte in der italienischen Presse der Tod von Carlo Carretto am 4. Oktober 1988 in Spello in Umbrien. Der weit über die Grenzen Italiens hinaus bekannte Ordensmann und Schriftsteller engagierte sich in den 50er Jahren sehr als Leiter der Katholischen Aktion Italiens. 1954 trat er in die Gemeinschaft der „Kleinen Brüder“ von Charles de Foucauld ein und lebte zehn Jahre als Eremit in der Sahara. 1964 errichtete er in Spello ein Zentrum christlicher Lebensgestaltung. Seine einfache Art und seine tiefe Frömmigkeit haben viele Menschen angezogen. — Italienweites Aufsehen erregte der Papstbesuch im Juli 1988 in Maria Weißenstein in Südtirol. Bei dieser Visite, die ein herzliches Fest des Glaubens wurde, trug der Papst den Südtirolern auf, miteinander im Sinne Jesu umzugehen. — Leider wurde anfangs November erstmals in diesem Lande eine Kirche Ziel eines Bombenattentats.

In Erinnerung an die *Reichskristallnacht* am 9. November 1938 haben die deut-

schen (DDR und BRD) und die österreichischen Bischöfe einen vielbeachteten Hirtenbrief veröffentlicht. Darin verweisen die Oberhirten besonders auf das vom II. Vatikanischen Konzil 1965 publizierte Dekret „*Nostra aetate*“, das einen Neuanfang im christlich-jüdischen Gespräch einleitete.

Anläßlich der Eröffnung des Neubaus der *Katholisch-Theologischen Hochschule Linz* wurde diese am 15. November 1988 definitiv zu einer Fakultät päpstlichen Rechtes erhoben. Damit fanden die langjährigen Bemühungen um eine Anhebung des Status einen Abschluß und die gediegene Tätigkeit der Bildungsstätte ihre Anerkennung. Theologische Fächer werden in Linz seit 1672 gelehrt. Maria Theresia ist der Ausbau zum Vollstudium zu danken. 1853 wurde die Hochschule in das Priesterseminar verlegt, womit dem Ideal eines Tridentinischen Seminars entsprochen wurde. 1964/65 waren intensive Bemühungen im Gange, die bestehende Philosophisch-Theologische Hochschule der entstehenden Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften als Fakultät anzugliedern, was nicht zuletzt an der Haltung des damaligen Diözesanbischofs scheiterte. Seit 1970 wurde eine Rangerhöhung der Theologischen Hochschule angestrebt. Verhandlungen mit Wien und Rom erbrachten mit 25. Dezember 1978 die Erhebung zur päpstlichen Fakultät, zunächst allerdings nur *ad experimentum*. Nach Durchführung der auch von Rom erwünschten Trennung von Seminar und Hochschule und in Anerkennung der guten geleisteten Arbeit, die nicht zuletzt auch in der Herausgabe der Theologisch-praktischen Quartalschrift ihren Ausdruck findet, ist nun die päpstliche Fakultät definitiv geworden. Bei der Festfeier am 15. November 1988 hielt Kardinal Franz König die Festrede, Bischof Francesco Marchisano von der Kongregation für das katholische Bildungswesen nahm

die Segnung der Räumlichkeiten vor und verkündete das Dekret über die definitive Errichtung der Fakultät. Derzeit zählt die Hochschule etwa 390 Studentinnen und Studenten.

Der scheidende *Salzburger Erzbischof Dr. Karl Berg* vollendete am 27. Dezember 1988 sein 80. Lebensjahr. Er hat die Diözese durch 16 Jahre mit Umsicht, mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit geleitet. Uner-schrocken und versöhnlich, entschieden und überlegt ging er an die Probleme der Zeit heran. Vor allem auch in der jüngsten Phase der Polarisierung in der österreichischen Kirche hat er — als Vorsitzender der österreichischen Bischofskonferenz — immer wieder seine Stimme erhoben und zum Ausgleich gemahnt. Der Wiener Weihbischof Krätzl meinte über Berg: „Er ist in den letzten Jahren zu einem 'Berg' geworden, über sich selbst hinausgewachsen.“ Kardinal Dr. Franz König sagte bei der Geburtstagsfeier für den Erzbischof zu den Anwesenden: „Mit euch schätze ich die einheitsstiftende Kraft eures Erzbischofs für die Kirche von Salzburg und auch für die Kirche von Österreich.“ Bergs Grundsatz sei es stets gewesen, „zuerst das Gute zu sehen, Gegensätze so weit wie möglich zu überbrücken und immer für die Begegnung mit Menschen offen zu sein, offen zu sein als Seelsorger und als Bischof“. Berg habe die Hoffnungen und Freuden der Menschen immer geteilt und sich allgemeine „Wertschätzung und Verehrung“ erworben. Er habe sich der Aufgabe des Bischofs verpflichtet gefühlt, „die Treue im Glauben und die damit gebotene Einheit in seinem Kirchengebiet zu wahren“. Das heiße aber auch, „den ihm Anvertrauten zu helfen, die Zeichen der Zeit zu verstehen und sie damit in der Treue zum Evangelium wachsen zu lassen“.

In *Holland* hält der steigende Priester-mangel und das Desinteresse vieler Katholiken an den Belangen der Kirche an. In

Amsterdam müssen Kirchen ihre Tore schließen, weil Geistliche und Gläubige fehlen. Wirkten vor 18 Jahren in dieser Stadt noch 112 Priester, sind es heute nur mehr 38. Böses Blut löste (in Holland) das vatikanische Veto gegen die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät der Katholischen Universität Nimwegen für den als fortschrittlich geltenden Bischof von Breda, Hubert Cornelius Antonius Ernst, aus.

Vom 8. bis 11. Oktober besuchte der Papst zum vierten Mal *Frankreich*, ein Land, in dem der Glaube immer mehr abbröckelt, in dem aber auch immer neue religiöse Bewegungen auftauchen und ein beachtliches Engagement der Laien zu beobachten ist. Die diesjährige Papstvisite galt der Region Elsaß-Lothringen und stand ganz im Zeichen Europas. Immer wieder forderte der Papst bei seinen Reden ein freies und geeintes Europa vom Atlantik bis zum Ural. Bei seiner Rede vor dem Europa-Parlament in Straßburg kam es leider zu einem peinlichen Zwischenfall. Der protestantische irische Pfarrer Ian Paisley bezeichnete den Papst als „Antichrist“. Anschließend wurde der militante Geistliche von Saaldienern aus dem Raum gedrängt.

In *Spanien*, wo sich einerseits ein merklicher Schwund an Glaubenssubstanz und andererseits eine stark restaurative Tendenz bemerkbar machen, wurde im Mai 1988 ein neues System der Kirchensteuer eingeführt. Die Steuerzahler haben erstmals die Möglichkeit zu entscheiden, ob 0,52 Prozent ihrer Steuergelder der katholischen Kirche, anderen Religionsgemeinschaften oder sozialen Zwecken zufließen sollen. Nach einer Umfrage sind 40 Prozent der Steuerzahler bereit, diesen Beitrag für die katholische Kirche zu bestimmen.

In den *USA* machen ungehorsame Theologen der Kirche zu schaffen. Bei einer Audienz für Bischöfe aus diesem Lande ermahnte Johannes Paul II. im Oktober

1988 katholische Theologen und Universitätsprofessoren zum Gehorsam und betonte, daß die Unfehlbarkeit auch im ordentlichen Lehramt und nicht nur in den „feierlichen Erklärungen des römischen Papstes und der ökumenischen Konzilien“ enthalten sei. Die Kirche sei zwar für einen legitimen Pluralismus in der Theologie, es müsse jedoch immer die Übereinstimmung mit dem authentischen Lehramt erhalten bleiben. Nachdem bereits dem amerikanischen Theologen Curran die kirchliche Lehrerlaubnis entzogen worden war, hat der Vatikan auch den Dominikanerpater Matthew Fox, Gründer des Institutes für Kultur- und Schöpfungsspiritualität am Holy-Name-College im kalifornischen Oakland, mit einem einjährigen Lehr- und Predigtverbot belegt. Fox wird vor allem zur Last gelegt, die Homosexualität nicht entsprechend der Lehre der Kirche beurteilt und die Heilige Schrift willkürlich interpretiert zu haben.

In Lateinamerika erregte eine Rede Aufsehen, die Kardinal Joseph Ratzinger im Juli 1988 vor der chilenischen Bischofskonferenz hielt. Vehement wandte sich der Purpurträger gegen die Ansicht, das II. Vatikanische Konzil sei eine Art „Superdogma“. „Die Wahrheit ist,“ sagte der Kardinal, „daß das Konzil selbst kein Dogma festgelegt hat: es hat sich bewußt auf einem niedrigeren Niveau, als einfaches pastorales Konzil ausgedrückt.“ Ratzinger setzte sich auch mit dem Vorwurf auseinander, daß der Vatikan mit großer Härte die progressistischen Bewegungen behandle, während er übertriebenes Verständnis für die restaurative Rebellion zeige. In diesem Zusammenhang sagte er: „Der Mythos der vatikanischen Härte gegenüber den progressistischen Abweichungen hat sich als leere Ausklügelung entpuppt. Bis heute sind grundsätzlich nur Verwarnungen und in keinem Fall kirchenrechtliche Strafen im engeren Sinn ausgesprochen worden.“ So eine Verwar-

nung bekam der brasilianische Bischof Pedro Casaldaliga der Prälatur Sao Felix, der als Verfechter einer politischen Variante der Befreiungstheologie gilt. 1985 hatte er in Nicaragua einen Hungerstreik unternommen, um so gegen die Mittelamerikapolitik der USA zu protestieren.

Afrika stand in der letzten Jahreshälfte ganz im Fieber der vierten Papstreise. Stationen dieser Visite, die vom 10. bis 19. September dauerte, waren Simbabwe, Botswana, Lesotho, Swasiland und das vom Bürgerkrieg erschütterte Mocambique. Ein Besuch in der Apartheidrepublik Südafrika stand nicht auf dem Programm, doch eine Schlechtwetterfront zwang die Boeing 707 der Air Simbabwe mit dem Papst an Bord zu einer Notlandung in Johannesburg. Während sich die weißen Machthaber über diese „wunderbare Fügung“ freuten, soll der Papst gesagt haben: „So schnell wollte ich wirklich nicht kommen.“ Daß Johannes Paul II. es vermied, den Boden zu küssen, erklärte eine Nachrichtenagentur mit dem Hinweis, das Rollfeld sei zu ölverschmiert gewesen. Mut bewies der Papst, als er in Gegenwart des mit vier Frauen verheirateten Königs Mswati III. bei einer Messe in Swasiland erklärte, die Christen betrachteten die monogame Ehe entsprechend der göttlichen Vorsehung als Grundlage einer stabilen Familie. Zu weltweiter Solidarität hat der Papst in Mocambique aufgerufen, damit das Land seine durch Bürgerkriege entstandene katastrophale wirtschaftliche Lage überwinden könne.

Im Heiligen Land herrscht seit Dezember 1987 in dem von Israel besetzten Westjordanland und im Gaza-Streifen der Aufstand. Die Gewalt eskaliert. Die Bilanz sind viele Tote, zahlreiche Verletzte, wachsender Haß und ein rasanter wirtschaftlicher Niedergang. Die Opfer sind vor allem die kleinen Leute und nicht zuletzt die Christen. In Israel gibt es näm-

lich nicht nur Probleme für die islamische Bevölkerung, auch die Christen werden zunehmend — und zwar auch von muslimischen Eifern — unter Druck gesetzt, so daß immer mehr sich gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen. Parallel zur Bedrohung der Christen im Heiligen Land ist in *Jordanien* eine Übertrittswelle von Christen zum Islam zu beobachten. Die Christen werden auch in der *Türkei* angesichts der zunehmenden fundamentalistischen Re-Islamisierung immer mehr genötigt, das Land zu verlassen. Das gilt auch vom Iran. Christliche Kriegsgefangene berichteten von psychischen Foltern, die gegen sie angewendet wurden, um sie zum Übertritt zum Islam zu bewegen.

Erfreuliches läßt sich aus *Südkorea* melden. Im Lande, in dem im vergangenen Jahre die XXIV. Olympischen Sommerspiele stattfanden, nimmt die Zahl der Katholiken ständig zu. Ein Grund für den Wechsel aus der konfuzianisch-buddhistisch geprägten Lebenswelt zum Katholizismus liegt in der Orientierungslosigkeit vieler Koreaner im gesellschaftlichen Leben. Im Steigen begriffen ist auch die Zahl der Katholiken in *Japan*. In *Vietnam* scheint sich die Führung um ein besseres Verhältnis zur katholischen Kirche zu bemühen. Anders als die Patriotische Vereinigung der chinesischen Katholiken hat das vietnamesische Komitee für patriotische Katholiken die Verbindung zu den von Rom ernannten Bischöfen aufrechterhalten, obwohl es sich als autonom ansieht. Erzbischof Nguyen Van Binh von Ho-Chi-Minh-Stadt bestätigte dies, als er sagte, diese Gruppe habe der Kirche kein Leid zugefügt.

20 Jahre nach dem Prager Frühling zeigt die kirchliche Situation in der *Tschechoslowakei* wenig Hoffnung. Immerhin haben die Behörden erstmals seit Jahren Ordensfrauen wieder die Aufnahme ihrer Tätigkeit genehmigt. Während es in der CSSR nur in kleinen Schritten vorwärts

geht, überdenkt der *ungarische Staat* seine Position gegenüber der Kirche. Dies bewiesen auch die Feiern anlässlich des 950. Todestages des hl. Stephan, des Gründers Ungarns. Bei dieser Gelegenheit verkündete der Primas Kardinal Paskai, der Papst sei offiziell nach Ungarn eingeladen. 40.000 Gläubige nahmen diese Nachricht mit stürmischen Beifall auf. In *Polen* spielt die Kirche immer mehr eine Vermittlerrolle zwischen der verbotenen Gewerkschaft Solidarität und der Regierung.

2. Perestroika auch für die Kirche?

In der *Sowjetunion* scheint die Perestroika sich auch auf die Religion auszuwirken. In Wilna, Hauptstadt der baltischen Sowjetrepublik Litauen, ist im Oktober die Kathedrale den Katholiken zurückgegeben worden. Als diese Entscheidung dem Volk am 22. Oktober 1988 mitgeteilt wurde, kam es zu unbeschreiblichen Freudenkundgebungen. Ca. 100.000 Menschen zogen zur Kathedrale und sangen die alte Nationalhymne. Im November durfte in Litauen sogar eine religiöse Zeitung erscheinen.

Das Eis scheint in Moskau gebrochen zu sein, nachdem es im Zusammenhang mit der 1000-Jahr-Feier der Russisch-orthodoxen Kirche am 13. Juni im Kreml zu einer historischen Begegnung zwischen Gorbatschow und Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli gekommen war. Das wichtigste Ergebnis der Unterredung war es nach Aussage des Mannes aus Rom, daß es jetzt wieder einen Dialog zwischen der UdSSR und dem Vatikan gebe. Zu den problematischen Themen der beiden so ungleichen Kontrahenten zählt heute aber vor allem die Ukrainische Katholische Kirche.

Die Differenzen zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und den ukrainischen Katholiken gehen auf die Brester Union von 1596 zurück, als der damals zu Polen-Litauen gehörende Teil des orthodoxen

Metropolitansprengels eine Union mit Rom einging, gleichzeitig aber am slawisch-byzantinischen Ritus festhielt. Nach den polnischen Teilungen des 18. Jahrhunderts taten die Zaren alles Mögliche, um die Katholiken wieder gewaltsam der Orthodoxen Kirche anzugliedern. Erreicht wurde dieses Vorhaben aber erst unter Stalin im Jahre 1946. Auf Geheiß des Diktators wurde eine Synode nach Lemberg einberufen und die Ukrainer wurden mit der Orthodoxen Kirche zwangsvereinigt. Als Vorwand diente die angebliche Kollaboration der Ukrainer mit der deutschen Wehrmacht.

Nachdem Hirten und Volk sich geweigert hatten, diese erzwungene Union zu akzeptieren, wurde der Großteil der Geistlichen inhaftiert, gefoltert, deportiert und ermordet. Der Erzbischof der Diözese Lemberg Slipyj hat nicht weniger als 18 Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern verbracht. Im Jahre 1963 wurde er auf eine vatikanische Intervention hin freigelassen und nach Rom gebracht. Bischöfe und Geistliche wirkten aber in dieser Zeit im Untergrund. Im Jahre 1987 gaben sich zwei Bischöfe und 23 Geistliche sowie zahlreiche Laien als Mitglieder der Kirche zu erkennen und baten in einem Brief Gorbatschow um die Legalisierung ihrer Glaubensgemeinschaft. Dieser Ukrainischen Kirche gehören heute in der UdSSR etwa fünf und im Exil 1,5 Millionen Gläubige an. Ihr Oberhaupt ist der in Rom lebende Kardinal Myroslav Ivan Lubachivsky. Bleibt nur zu hoffen, daß die Perestroika bald auch in der Ukraine ihre Früchte trägt.

3. Frauenordination — ein Schlag für den Dialog

Im Oktober 1978 hat die 11. Lambeth-Konferenz aller anglikanischen Bischöfe die Ordination von Frauen zum Priester-

amt mit großer Mehrheit gutgeheißen. In der damals veröffentlichten Resolution hieß es, Kirchen, die die Frauenordination einführten, sollten die gegenteilige Entscheidung anderer Kirchen respektieren und umgekehrt. Mehrere anglikanische Teilkirchen haben dann in der Tat auch Frauen geweiht. Vor allem in der USA, Kanada und in Neuseeland dürfte es heute ca. 1500 anglikanische Priesterinnen geben. Die Kirche von England hat jedoch erst Anfang Juli 1988 bei ihrer Generalsynode mit 299 zu 216 Stimmen der Priesterweihe für Frauen grünes Licht gegeben. Der Gesetzesentwurf muß aber noch einen langwierigen legislativen Weg durchlaufen. Erst 1992 könnte es soweit sein, daß auch in England die ersten Frauen zu Priestern geweiht werden. Immerhin haben sich bei einer Umfrage im Sommer 1988 in Großbritannien drei von vier Gläubigen für die Zulassung von Frauen zum Priestertum ausgesprochen. 75 Prozent aller befragten Anglikaner haben erklärt, auch einen weiblichen Bischof zu akzeptieren.

Als sich die 500 Bischöfe aus 27 Provinzen der weltweiten Anglikanischen Gemeinschaft in den Gebäuden der Universität von Kent in Canterbury vom 16. Juli bis zum 7. August vergangenen Jahres zur 12. Lambeth-Konferenz trafen, ging es auch bei ihnen nicht mehr um die Frauenpriesterweihe, sondern um die Ordination weiblicher Bischöfe. Der Papst hatte in einer Botschaft an den anglikanischen Primas, Erzbischof Robert Runcie, zu Beginn des Treffens die Befürchtung geäußert, es könnten „neue Hindernisse“ in der Ökumene auftauchen. Runcie hat sich aber in erster Linie nicht um die Ökumene, sondern um die Einheit der weltweit verzweigten anglikanischen Kirche Gedanken gemacht. In der Tat hat er dann auch bei der Eröffnung der Konferenz die Fragen gestellt: „Wollen wir wirklich Einheit innerhalb der Anglikanischen Gemein-

schaft? Soll unsere weltweite christliche Familie weiterhin zusammenbleiben?" Die Befürchtungen des Papstes, nicht jene des anglikanischen Primas, haben sich dann bewahrheitet. Die Bischöfe haben mit 423 gegen 28 Stimmen bei 19 Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, die es den einzelnen Provinzen freistellt, auch Frauen zu Bischöfen zu weihen. Immerhin hat die Konferenz diesen Beschluß gefaßt, ohne daß sie auseinandergebrochen wäre. Allerdings ist die Debatte sehr kontrovers verlaufen. Ein Bischof aus Melanesien meinte: „Wenn die Frauenweihe ein Ergebnis der Frauenbefreiung ist, dann stammt sie meiner Meinung nach vom Satan.“ Der farbige Bischof von Washington sagte hingegen: „Die gleichen Hindernisse, die Jahrhunderte hindurch Weiße gegen Schwarze aufrichteten, gelten jetzt für Frauen.“ Damit es zu keiner Spaltung kommt, kündigte Runcie an, er werde bald eine Kommission errichten, die den Dialog zwischen Befürwortern und Gegnern der weiblichen Bischofsordination pflegen wird.

Wie vorauszusehen war, wurde noch im Herbst 1988 eine Frau zum Bischof geweiht; die 58jährige farbige Amerikanerin Barbara Harris wurde neuer Bischof der anglikanischen Diözese Boston. Dort ist es Tradition, daß eine Delegiertenversammlung den Bischof wählt. Für Frau Harris wurden 276, für ihren männlichen Gegenkandidaten 224 Stimmen abgegeben. Einer der Wähler des neuen weiblichen Bischofs sagte: „Ich kann nicht glauben, daß Gott irgendein Motiv in Betracht zieht, warum Frauen nicht Bischof werden sollen.“

Daß die Frauenordination für die Ökumene einen harten Schlag bedeutet, ist kein Zweifel. Selbst die gemischte katholisch-anglikanische Dialog-Kommission bezeichnete bei ihrer ersten Sitzung nach dem Zusammentreffen des anglikanischen Weltepiskopats zwar die bisherige

Arbeit für die Versöhnung der beiden Kirchen als positiv, die Entscheidung der Lambeth-Konferenz hingegen als ein „großes Problem“ für die Beziehungen zwischen beiden Kirchen.

4. Neuer Investiturstreit?

Die Besetzung der Bischofstühle war nicht nur im Mittelalter ein Zankapfel.

Nach can. 377 § 1 des neuen kirchlichen Gesetzbuches werden die Bischöfe frei vom Papst ernannt *oder* von ihm nach rechtmäßiger Wahl bestätigt. Hier stehen die zwei Möglichkeiten, wie eine Diözese nach heutigem Kirchenrecht zu einem Bischof kommt, nebeneinander. In jedem Fall hat der Bestellung eines Bischofs ein Konsultationsverfahren voranzugehen.

In den deutschsprachigen Ländern haben aufgrund konkordatärer Regelungen von 38 Diözesen die Domkapitel bei genau der Hälfte ein Wahlrecht (vgl. diese Zeitschrift 136, 1988, 258). Bei den Bistümern Köln und Salzburg, die zur Besetzung anstanden, unterbreitet Rom einen Dreivorschlag. Offenbar waren beide Kapitel — Köln war seit 15 Monaten, Salzburg erst seit kurzer Zeit vakant — der Meinung, daß in den überreichten Vorschlägen den Ergebnissen des Konsultationsverfahrens nicht Rechnung getragen worden war, weshalb es zu Unstimmigkeiten kam. So verlief in beiden Fällen das Ringen um die tatsächliche Besetzung sehr dramatisch. Nach Zeitungsberichten standen für Köln die Bischöfe Cordes, Dyba und Meisner, für Salzburg Dechant Eder, der Moraltheologe Laun und der Regionalvikar des Opus Dei in Österreich Küng auf der Liste. Das Preußen-Konkordat von 1929 sieht im Artikel 6 vor, daß „der vom Domkapitel Gewählte“ Bischof wird. Von einer ohne das Ergebnis einer Wahl möglichen Ernennung durch den Papst ist nicht die Rede. Eine solche hätte nach Meinung der

zuständigen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine Verletzung des Konkordates bedeutet. Für Salzburg gilt die Bestimmung des österreichischen Konkordates von 1933 (Artikel IV § 1), nach der das Metropolitankapitel „aus der Kandidatenliste des Heiligen Stuhles in freier, geheimer Abstimmung den Erzbischof zu wählen hat“.

Innerhalb der gesetzten Frist kam man anscheinend weder in Köln noch in Salzburg zu einem dem Wahlmodus entsprechenden Ergebnis. Bemühungen, in Rom neue Dreivorschläge zu erreichen, scheiterten. Dagegen scheint Rom jeweils einen nochmaligen Wahlakt verlangt zu haben. Dabei wurde für Köln der Wahlmodus, der eine absolute Mehrheit vorsah, dahin abgeändert, daß einfache Mehrheit genüge. Formalrechtlich hat Rom die Konkordate eingehalten.

In Köln wurde schließlich der Bischof von Berlin, Kardinal Dr. Joachim Meisner (54), gewählt, in Salzburg der Dechant von Altenmarkt, Dr. Georg Eder (60). Dramatisch blieben die Vorgänge bis zum Schluß. Eine Erklärung des Salzburger Domkaptiels sorgte für Aufsehen. Nach dieser sei die Auswahl der Kandidaten durch Rom „nicht in so ausgewogener Weise vorgenommen worden, wie man dies aus den Namenslisten, die aus der Diözese offiziell eingegeben wurden, und aus der Praxis früherer Bischofswahlen erwarten konnte“. Das Domkapitel habe seit Vorliegen des Dreivorschlages alle nach kirchlichem Recht gegebenen Möglichkeiten ausgeschöpft, um in Gesprächen und in einer Bittschrift an den Heiligen Stuhl die Lage und die Bedürfnisse der Diözese aus örtlicher Sicht darzustellen und so eine Entscheidung zu erleichtern. Der Vatikan habe aber der Bitte um Anhörung einer Delegation des Kapitels nicht stattgegeben, sondern mit Schreiben vom 14. Dezember auf der Durchführung der

Wahl aus dem vorliegenden Dreivorschlag beharrt. Das sei mit dem Wortlaut des österreichischen Konkordates, wonach das Domkapitel aus dem römischen Dreivorschlag „zu wählen hat“, und mit dem ausdrücklichen Wunsch des Papstes begründet worden. Auf Grund dieser Situation, „mit der auf den Kanonikern ein schwerer Gewissenskonflikt lastete“, habe das Domkapitel die Wahl innerhalb der gestellten Fünftagefrist durchgeführt. Der steirische Diözesanbischof Johann Weber sieht in dieser Erklärung eine „Bitte in Richtung Rom“, die man „nicht zu den Akten legen, sondern sehr ernst nehmen“ solle.

Wie sich diese Bischofsbestellungen auf die Kirche auswirken werden, bleibt abzuwarten. In seiner ersten Predigt als designierter Erzbischof sprach Dr. Eder erfreulicherweise von Aussöhnung. Der scheidende Erzbischof Dr. Berg warnte bei seiner Silvesteransprache, die er als Vorsitzender der österreichischen Bischofskonferenz hielt, mit deutlicher Anspielung auf die jüngsten Ereignisse, vor Spaltungen. Er zitierte 1 Kor 1,10: „Seid alle einmütig im Bekenntnis und duldet keine Spaltungen unter euch.“ Er meinte, die Kirche dürfe sich nicht „an der Binnenproblematik innerkirchlicher Differenzen zerfleischen“, während die Mitmenschen von ihr wissen wollten, woran sie in der Welt seien und wie sie an Gott glauben könnten. „Kirche ist Treue zum Papst. Aber sie ist mehr als das: Sie ist das Miteinander des neuen Gottesvolkes“, erinnerte Berg an das Zweite Vatikanum. Noch deutlicher sagte er dann: Nach dem Aufbruch des Konzils scheine die Kirche heute Angst zu bekommen „vor ihrer eigenen Courage, vor den weit geöffneten Fenstern dieses Konzils“. Die Kirche dürfe die Angst vor der Zukunft nicht umsetzen in „unfruchtbare Sehnsucht nach dem Gewesenen“. Nichts fordere so viel Treue wie lebendiger Wandel.

Mit diesen Aussagen trifft er sich mit seinem Domkapitel, das im konkreten Fall der Bischofsnachfolge der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß der Gewählte „die schwere Bürde des hohen Amtes zum Segen des Diözesanvolkes tragen und das Erbe der Erzbischöfe Rohracher, Macheiner und Berg weiterführen wird“, d. h. im Geiste des 2. Vatikanischen Konzils.

Während Kardinal Groer zur Wahl des neuen Salzburger Erzbischofs Eder nicht Stellung nahm, sagte er in einem Interview Anfang Jänner, er sei überzeugt, daß der Vatikan den in der Öffentlichkeit als „liberal und human“

definierten Kurs der Kirche nicht ändern werde.

Die Weihe Dr. Eders am 26. Februar 1989 verlief entgegen manchen Befürchtungen ruhig und würdig. Sehr positiv wurde es registriert, als er bei seiner Ansprache im Rahmen der Bischofsweihe sagte: „Meine Türe steht Euch offen! Wenn ich bisher vielleicht etwas zu verschlossen war, so möchte ich mich nun allen öffnen. Und wenn jemand geglaubt hätte, ich werde mich hinter den Mauern von Hohensalzburg verschanzen, so soll er in Zukunft eine offene Türe und ein offenes Herz finden. Ich bitte aber auch meinerseits: Verschließt Euch nicht vor mir.“